

MARGETSHÖCHHEIMER MITTE



die Liste für Umwelt und Natur

97276 Margetshöchheim, Mainstraße 1, Tel. 0931/26081973
... aktueller geht's nicht mehr: www.margetshoehcheimer-mitte.de ...

Januar 2021

-BLÄTTLE

 Nr. 131

*Viel Glück für 2021 und vor allem Gesundheit
wünscht die Margetshöchheimer Mitte –
die Liste für Umwelt und Natur*

Hoffen und Bangen

Blick nicht nur zurück

Vor einem Jahr an der Schwelle zum Jahr 2020 waren unsere Welt und das abgelaufene Jahr 2019 noch halbwegs in Ordnung. Wir schauten mehr oder weniger zufrieden auf Erfolge zurück und hoffnungsvoll in die Zukunft. Das galt auch für die MM, obwohl unser Optimismus sich deutlich in Grenzen hielt, wie das Zitat aus dem MM-Blättle 127 kurz vor der Kommunalwahl vor einem Jahr belegt:

„Dass jetzt manches, was zum Teil nur begrenzt von der Gemeinde beeinflussbar ist, in Bewegung kommt, ist sicher zu begrüßen. Ob bei den Millionenprojekten (Steg, Mainpromenade, Schule usw.) am Ende noch das nötige Kleingeld

vorhanden ist, bleibt allerdings abzuwarten. Schließlich deutet manches darauf hin, dass nach den sprichwörtlich sieben fetten Jahren nun die biblischen sieben mageren Jahre kommen könnten. Donald Trump und Boris Johnson werden es schon schaffen, die Weltwirtschaft so aus den Fugen geraten zu lassen, dass wir alle daran zu knabbern haben.“

Dass etwas ganz anderes die Welt aus den Angeln heben kann und wird, das weltweit unser gewohntes Leben, die Wirtschaft, selbst Kunst und Kultur und – noch schlimmer – das soziale Miteinander mehr oder weniger zum Erliegen bringen wird, damit haben wir nun wirklich nicht gerechnet. Das Leben auf Abstand hat jeden von

uns, aber auch die Vereine hart getroffen. Die vertrauten lokalen Höhepunkte des Jahres von der MainArt über das Margaretenfest bis hin zur Seniorenweihnacht fielen der Pandemie zum Opfer. Echtes Leben lässt sich eben nicht online ersetzen.

Auch die Kommunalpolitik litt und leidet unter den Corona-Auswirkungen. Der Abstand mit Maske hat sich nicht nur körperlich, sondern auch atmosphärisch ausgewirkt, wobei letzteres allerdings nicht nur coronabedingt war.

Durch die Kommunalwahl im März 2020 wurden die Karten vordergründig nicht neu gemischt, da die „Zahlenkombinationen“ sich nicht verändert haben. Die MM konnte sich bekanntlich zur Überraschung mancher mit ihren 5 Sitzen behaupten, während CSU wie SPD den erhofften Zuwachs nicht einfahren konnten. Der Klimawandel im seit Mai neuen Gemeinderat, in dem die Schiene zwischen CSU und SPD gut funktioniert, ist allerdings nicht zu übersehen.

Konflikte im Gemeinderat sind nichts Verwerfliches und zu verschmerzen. Bedenklicher ist es, dass vor allem die SPD uns auf einem Sektor ausbremsen will, der eines unserer Markenzeichen ist, nämlich der umfassenden Information und der Transparenz in der Kommunalpolitik.

Dabei hat es sich gerade in Coronazeiten, in der die Main-Post immer dünner wurde, gezeigt, wie wichtig für die Menschen umfassende Informationen sind, bei denen auch die Hintergründe beleuchtet werden.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Wir alle hoffen, dass möglichst bald das Leben zurückkommt, in dem man ohne Maske, ohne großen Abstand und ohne Angst vor Ansteckung wieder miteinander sprechen, singen, diskutieren und feiern kann. Ein Leben mit Geselligkeit, Feiern, aber auch Demonstrationen und Streitgesprächen. Dann sollen die Coronaleugner und alle die aus dem rechten Lager, die in deren Windschatten segeln, ruhig demonstrieren und ihre kruden Parolen ausposaunen.

Aber bitte nicht jetzt, wo sie nicht nur zur Verbreitung schwachsinniger Verschwörungstheorien, sondern auch zur weiteren Ausbreitung der Viren beitragen und damit zum qualvollen Tod unzähliger Menschen durch die angeblich so „harmlose Grippe“.

Hoffnung macht der neue Impfstoff. Die Pandemie kann allerdings nur ausgebremst werden, wenn genügend Impfdosen bereitstehen und sich viele Menschen impfen lassen.

Und noch etwas sollte inzwischen allen bewusst sein: Die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Menschen und die Wirtschaft werden nicht zum Nulltarif zu bewältigen sein. Und es wäre verhängnisvoll, wenn wir dabei den Klimaschutz aus den Augen verlieren würden.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen Mut, Durchhaltevermögen, Rücksicht auf sich und andere und vor allem Gesundheit!

Peter Etthöfer

... MM-koMMunal ... MM-koMMunal ... MM-koMMunal

Wird der Nikolaus-Fey-Weg umbenannt?

Als das Neubaugebiet am Zeilweg vor etwa 30 Jahren entstand, schlug die MM vor, die Straßen nach Schriftstellern zu benennen. Damals konnten die Gemeinderatsfraktionen Vorschläge unterbreiten.

Die MM schlug u.a. die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, Erich Kästner, Heinrich Heine, Kurt Tucholsky und den Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky vor, alles für ihre Zeit sehr fortschrittliche und durchaus politische Schriftsteller. Von der CSU wurde u.a. Nikolaus Fey vorgeschlagen, bei dem die MM wegen dessen politischer Vergangenheit erheblich Bauchweh hatte. In Würzburg hat in den letzten Monaten eine vom Stadtrat eingesetzte Kommission untersucht, welche Straßennamensgeber mit dem NS-Regime besonders verquickt waren. Bei dem Schriftsteller und Heimatdichter Nikolaus Fey hat sie wegen dessen Rolle in der Nazizeit

einstimmig die Umbenennung der Straße in Heidingsfeld empfohlen. Die Main-Post hat darüber in einem ganzseitigen Beitrag berichtet.

Angesichts dieser Empfehlung sollte man sich auch in Margetshöchheim Gedanken machen, ob man die Straße wegen der NS-Verstrickungen des Namensgebers weiterhin nach ihm benennen will.

Den Anstoß für die Diskussionen in Würzburg gab die Umbenennung einer Straße in Lengfeld, die nach dem früheren Oberbürgermeister Helmut Zimmerer benannt war. Nachdem die Nähe Zimmerers zum NS-Regime und zu dessen Ideologie nicht mehr zu übersehen war, wurde sie nach Georg Angermeier benannt, der dem Widerstand im 3. Reich nahestand. Er war Justitiar



der Diözese Würzburg und kam kurz vor Kriegsende bei einem mysteriösen Unfall mit einem Fahrzeug der SS ums Leben.

Die MM hat nun im Gemeinderat den Antrag eingereicht, den Nikolaus-Fey-Weg nach Bettina-von Arnim (1785–1859) zu benennen.

Es waren finstere Zeiten in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jhs., als Bettina von Arnim die sozialen und politischen Missstände kritisierte. In ihren Schriften „Dies Buch gehört dem König“ und „Gespräche mit Dämonen“ wandte sie sich gegen die rückwärtsgewandte Politik der Fürsten und die schlimme soziale Lage. Sofort wurde sie als „Communistin“ verschrien und in Bayern wurde ihr Buch „Gespräche mit Dämonen“ verboten.

Sie, die den Idealen der Französischen Revolution nahestand, war teils Kind ihrer Zeit, teils ihrer Zeit weit voraus. Wenn wir ihre Texte heute lesen, scheint ihre Sprache uns manchmal fern, aber ihr Engagement für die Menschen und die Emanzipation rührt uns noch heute. Sie lehnte die Todesstrafe ab, sie wollte die Gleichstellung der Frau und sie wandte sich vehement gegen das verbreitete negative Judenbild von Kirche (!) und Obrigkeit und forderte für Juden die gleichen Rechte. In ihrem Roman, „Die Günderrode“ schreibt sie: "Wär ich auf dem Thron, so wollt ich die Welt mit lachendem Mut umwälzen."

Natürlich sind wir auch offen für andere Vorschläge. Als Kontrastprogramm zu einem Nazi-anhänger böten sich besonders die überzeugten Antifaschisten Kurt Tucholsky, Bert Brecht, der Würzburger Schriftsteller Leonhard Frank oder auch Anna Seghers an, die durch ihren Roman „Das siebte Kreuz“ bekannt wurde, in dem sie die abenteuerliche Flucht von KZ-Häftlingen thematisierte.

Baugebiet Scheckert-Lausrain

Bei der Bauausschusssitzung im Dezember gab es erheblichen Diskussionsbedarf wegen der Absicht der Verwaltung, die Variante 2 der Planung für das Baugebiet Scheckert-Lausrain dem Landratsamt zur Abstimmung vorzulegen. Dem Bürgermeister und der Verwaltung ging es wohl vor allem darum, mit dem LRA abzuklären, wie man das Baugebiet trotz der dort kartierten Biotop realisieren kann. In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass das im Flächennutzungsplan vorgesehene Baugebiet, das auch von der MM mitgetragen wurde, von CSU und SPD gegen die Stimmen der MM deutlich nach Westen hin erweitert wurde. Genau dort liegen aber die meisten kartierten Biotop.

Sebastian Baumeister (MM) und die SPD-Vertreterin äußerten sich mit Nachdruck gegen die vorgelegte Variante. Das sei eine reine Ingenieursplanung mit problematischem Zuschnitt, die in die heutige Zeit nicht mehr passe. Erforderlich sei vielmehr ein Rahmenplan mit Grundlagenermittlung, in dem u.a. die Topographie und die Belange des Naturschutzes berücksichtigt werden müssten.

Da immer wieder betont wird, dass bezahlbarer Wohnraum im Ort fehle, ist es nach Ansicht der MM sinnvoll, auch Reihenhaus- und Mietwohnungsbau zu berücksichtigen, zumal das auch dem Flächenfraß und weiteren Baugebieten auf der grünen Wiese entgegenwirkt. Wichtig sind auch Vorgaben, um unnötige Versiegelung der Böden zu vermeiden. Gerade in Zeiten des Klimawandels und sinkender Grundwasserstände sollte man Niederschläge (etwa durch Zisternen) auf der Fläche zurückhalten, statt sie über die Kanäle in den Main zu leiten. Nun wird der Plan auf Vorschlag von Sebastian Baumeister dem Landratsamt lediglich als Ideenskizze vorgelegt.



Die rot schraffierten Flächen sind als Biotop kartiert. Eine Teilfläche wurde vor kurzem ohne Genehmigung gerodet.

Da geht einem ein Licht auf

Wenn man die Dezember-Bauausschusssitzung besucht hat, ging einem rechtzeitig zur Adventszeit ein Licht auf, zwar kein adventliches, wohl aber ein kommunales. Beim Tagesordnungspunkt "Margarethenhalle - Umrüstung der Außenbeleuchtung in LED-Technik" erfuhr man nämlich so ganz nebenbei Neuigkeiten, zu denen man wohl sonst nur in der nichtöffentlichen Sitzung Zugang gehabt hätte.

Eigentlich ging es nur darum, welche Art von Leuchten für die Beleuchtung des Margarethenhallenumfelds angeschafft werden sollten. In den Redebeiträgen der Ausschussmitglieder von MM

und SPD kam nämlich das Argument, bevor man jetzt viel Geld für Beleuchtungskörper ausbebe, sollten die doch besser in Abstimmung mit dem zukünftigen Investor und Betreiber der Tennishalle festgelegt werden. Ganz offensichtlich hat sich bei der Frage der Zukunft der Tennishalle in den letzten Monaten Neues ergeben. Über die Situation der Tennishalle, einem Musterbeispiel für Asbestarchitektur, haben wir bereits mehrfach auf einer Sonderseite unserer Website berichtet.

Die Tennishalle ging im Erbbaurecht für 99 Jahre an ein Konsortium, von dem mittlerweile nur noch MdB Michelbach, der Mittelstandsguru der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, übrig geblieben ist. Er versuchte seit längerem, die marode Halle für andere Zwecke zu nutzen oder loszubegeben. Das scheiterte bislang vor allem an seinen ursprünglich hohen Preisvorstellungen und daran, dass die Gemeinde an der vertraglich festgelegten Nutzung nur für sportliche Zwecke festhielt.

In der Bauausschusssitzung wurden nun Details bekannt, die zumindest etwas Licht in die bislang wohl lediglich in der nichtöffentlichen Sitzung behandelten Details eines geplanten Deals bringen. Offensichtlich hat Herr Michelbach einen potenten Investor gefunden, der die Halle und möglicherweise auch den ganzen Komplex mit dem ursprünglich der Hofbräu gehörenden Teil der Sudpfanne wohl zumindest teilweise für sportliche Zwecke umfunktionieren will. Dabei hat man festgestellt, dass nicht nur die Tennishalle, sondern auch der größte Teil des Margarethenhallenhofs erbbaurechtlich zur Tennishalle gehört. Weitere Details waren in der Sitzung des Bauausschusses nicht mitzubekommen. Es stimmt allerdings schon nachdenklich, dass offensichtlich die Zukunft der Tennishalle, die ja eng mit der Margarethenhalle zusammenhängt, in nichtöffentlicher Sitzung an der Bevölkerung vorbei diskutiert oder gar schon beschlossen wurde.

Dem Margetshöchheim-Blog der Gemeinde konnte man inzwischen übrigens entnehmen, dass Bürgermeister Brohm in der Online-Bürgerversammlung geäußert habe, dass das Grundstück der Tennishalle mit Zustimmung der Gemeinde an einen Investor verkauft worden sei. Das kann so wohl nicht ganz stimmen. Es

kann wohl allenfalls das Erbbaurecht für das Areal veräußert worden sein.

Geht es mit der KITA vorwärts?

Da die Kinderkrippe wegen des maroden und inzwischen entkernten Krippengebäudes seit vielen Jahren in Containern und zwei Kindergartengruppen nur provisorisch (Turnraum und Verbandsschule) untergebracht sind, hat sich der Gemeinderat bereits mehrmals mit der Raummisere beschäftigt, zumal immer mehr Betreuungsplätze nachgefragt werden. Die MM hat sich von Anfang an für eine Erweiterung am bestehenden Standort ausgesprochen, da auf dem angrenzenden gemeindeeigenen Gelände (ehemals Spielplatz) genügend Platz vorhanden ist.

Im Frühjahr legte ein Architekturbüro dem Gemeinderat einen Vorschlag vor, bei dem an den bestehenden Kindergarten ein größeres Gebäude auf der Außenspielfläche angebaut werden sollte. Die MM hatte damals Bedenken geäußert, weil dadurch wesentliche Teile des Außengeländes geopfert werden müssten.

Vor kurzem fand nun eine Begehung mit der zuständigen Mitarbeiterin des Landratsamtes statt. Bürgermeister Brohm berichtete dem Gemeinderat darüber und über weitere Erkenntnisse der Verwaltung.

Beim von der SPD für eine Krippe favorisierten Gebäude Ludwigstraße 19 (neben dem neuen Parkplatz am Friedhof) wären erhebliche Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich, die in vergleichbaren Gemeinden etwa 150.000 bis 200.000 € gekostet haben. Zusätzlich ist wegen eines Kanalschadens unter dem Gebäude mit 20 bis 30.000 € für die Kanalsanierung zu rechnen.



Rechts am Heinrich-Heine-Weg der Kindergarten mit dem maroden Krippengebäude, Freispielfläche (blau), Fläche für den Erweiterungsbau (rot umrandet), Krippen-Container (dunkelrot), möglicher Spielplatz für den Zeilweg (hellrot), Parkplatz für das Personal (gelb-orange)

Das Gebäude könnte zudem frühestens nach ein bis zwei Jahren bezogen werden.

Der Bürgermeister sprach sich deshalb für eine Erweiterung durch ein separates Gebäude auf dem an den Kindergarten angrenzenden Gelände aus. Dadurch würde die Außenspielfläche des Kindergartens nicht tangiert, die damals 180.000 € gekostet hat. Der Bau könnte modular und auch in Holzbauweise errichtet werden. MM-Fraktionsvorsitzender Gerhard von Hinten begrüßte es, dass die Forderungen der MM aufgenommen wurden.

Bürgermeister Brohm betonte, dass dann für die beiden benachbarten Kindertagesstätten eine einheitliche, aber auch eine plurale Trägerschaft möglich sei. Darüber könne man nach Gesprächen mit potentiellen Trägern im Januar entscheiden. Sicher sei allerdings, dass sich heutzutage kein Träger mehr an den Baukosten beteiligen wird. Die Gemeinde wird in Kürze noch einmal den Bedarf an Betreuungsplätzen ermitteln, damit erste Vorplanungen beginnen können. Möglicherweise könnte nach dem Bau eines Krippengebäudes auf dem Gelände daneben auch wieder ein kleiner Spielplatz für den Zeilweg entstehen.

Bis zur Fertigstellung des Neubaus soll wegen des gestiegenen Bedarfs an Krippenplätzen ein weiterer Container angeschafft werden. Die zwei bislang genutzten Miet-Container (Kosten pro Container und Monat 1.200 €) sollen im Ferienmonat August durch neue ersetzt werden.

In der Diskussion spielte auch die Zukunft der maroden Krippe eine Rolle. Das von der Kirche beauftragte Sanierungsbüro soll nun zeitnah Werkpläne für die Sanierung vorlegen. In einem Schreiben an den Bischof wird gefordert, endlich mit der Sanierung zu beginnen. Außerdem sollen die Kosten ermittelt werden, die zusätzlich zu den vom gerichtlichen Gutachter ermittelten Sanierungskosten zu erwarten sind. Die Gemeinde will dann entscheiden, in welchem Umfang sie sich an den Sanierungskosten beteiligt. Da die Kirche Bauherr der Krippe war, wäre dies eigentlich nicht ihre Aufgabe. Zusätzlich soll bei der Regierung von Unterfranken angefragt werden, ob die Umwandlung der zu sanierenden Krippe in einen Kindergartenraum förderschädlich ist. Aus den Reihen des Gemeinderats wurde auch angefragt, ob es möglich ist, den Erbbaurechtsvertrag mit der Kirche aufzulösen.

Der Gemeinderat beschloss schließlich einstimmig, am bestehenden Kindergartenstandort zu bauen und das Raumprogramm zu ermitteln.

„Rollmops mit Kunst“ und „Kultur pur“?

Seit Jahrzehnten hat der MM-Aschermittwoch unter dem Motto „Rollmops mit Kunst“ in Margetshöchheim Tradition, bei dem Kunst und Kultur immer im Mittelpunkt standen. Selbst in Wahljahren beschränkte sich der politische Teil auf kurze Informationen zum kommunalpolitischen Geschehen. Auf Grund der Corona-Pandemie muss man davon ausgehen, dass es heuer leider keinen MM-Aschermittwoch geben kann.



Es ist zu befürchten, dass „Kultur pur“, der jahrzehntelange Geheimtipp für kulturelle Leckerbissen im denkmalgeschützten Ethhöferhof, ebenfalls ausfallen muss. Dort traten bereits in Zeiten, als Kunst in Margetshöchheim noch klein geschrieben wurde, Jahr für Jahr namhafte Künstler aus der Region und selbst aus fernen Ländern auf. Stellvertretend nennen wir nur die Gruppe Los 4 del Son aus Havanna, das Béla Radics-Ensemble aus Budapest mit Musik der Sinti und Roma, Kostas und Stratos Antoniadis aus Griechenland und das einmalige Musikkabarett Dreyschlag, das es leider nicht mehr gibt. Lediglich bei der legendären Biermösl Bloßn mussten



wir des großen Andrangs wegen in die Margarethenhalle ausweichen. Bilder und Informationen finden Sie auf der MM-Website.

Etthöfer als Trinkwasserbeauftragter bestellt

Nach 36 Jahren im Gemeinderat und 6 Jahren als 2. Bürgermeister hat sich Peter Etthöfer zwar aus der Kommunalpolitik verabschiedet, in zwei Bereichen ist er aber immer noch aktiv. So betreut er weiterhin den Internetauftritt der MM (www.margetshoechheimer-mitte.de) und hat sich bereit erklärt, sich ehrenamtlich als Trinkwasserbeauftragter der Gemeinde um die örtliche Wasserversorgung zu kümmern.

In der September-Gemeinderatssitzung stand die Einführung eines Trinkwasserbeauftragten unter dem Punkt "Sonstiges" auf der Tagesordnung.



Der Bürgermeister wies auf die umfassenden Kenntnisse und die langjährige Erfahrung Etthöfers in Trinkwasserfragen hin. Aus den Reihen der SPD kam der Einwand, dass die Trinkwasserversorgung Aufgabe der Gemeinde sei und sich die Verwaltung darum kümmern müsse. Auf den Hinweis, dass im Rathaus niemand die Zeit und die Kenntnisse habe, sich um die Trinkwasserversorgung zu kümmern, meinte eine SPD-Gemeinderätin, dass man dann halt jemanden einstellen müsse. Außerdem könne man sich bei der IKT (Interessengemeinschaft kommunale Trinkwasserversorgung in Bayern), bei den umliegenden ILE-Gemeinden und anderen Kommunen erkundigen, wie dort die Zuständigkeiten geregelt sind.

Abgesehen davon, dass die umliegenden Gemeinden größtenteils keine eigene Wasserversorgung mehr besitzen, können sich kleine Gemeinden wie Margetshöchheim keinen Fachmann für Trinkwasserfragen leisten. Für technische Fragen von den Pumpen über die Wasserrohrbrüche bis hin zu den Wasseruhren hat man zwar die „Energie“ als technische Betriebsführung. Der für die Bevölkerung besonders wichtige Aspekt der Trinkwasserqualität ist allerdings so vielschichtig, dass die „Energie“ hier personell wie von der fachlichen Seite her überfordert ist. So beschränkt sich ihre Kontrollfunktion im

Wasserschutzgebiet III z.B. auf eine einzige Kontrollfahrt im Jahr.

Da Margetshöchheim nicht nur beim Klima, sondern auch bei der Nitratbelastung ein Hotspot ist, sind jedoch viele andere Bereiche von Bedeutung, vor allem die Themen Landwirtschaft, Geologie, Chemie, Wasserrecht und vor allem die Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten.

Etthöfer ist sicher kein studierter Fachmann, verfügt aber als Gründungsmitglied und langjähriger Landesgeschäftsführer der IKT Bayern nicht nur über viel Erfahrung, sondern auch über wichtige Kontakte zu Fachleuten.

Und schließlich hat er maßgeblich das Margetshöchheimer Modell zur Nitratsanierung mitentworfen. Ihm ist auch klar, dass sein Amt bei der derzeitigen klimatischen Situation eher einem Himmelfahrtskommando gleicht. Schließlich bewegen sich die Nitratwerte im Margetshöchheimer Wasser am Grenzwert. Da ist es ein schwacher Trost, dass alle anderen Parameter bei unserem Wasser top sind.

Lastenfahrrad Margarete

Auf Initiative der MM-Gemeinderätin Stephanie Röll hat die Initiative „Freies Lastenfahrrad Würzburg“ in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Margetshöchheim Anfang 2020 ein Lastenfahrrad für Margetshöchheim angeschafft. Die Finanzierung hat die Gemeinde übernommen.



Die MM hat bereits mehrfach über dieses Thema informiert. Weitere Sponsoren, welche auf der Transportbox sichtbar sind (Margareten-Apotheke, Main-Schmecker), konnten gefunden werden. Die Beklebung dieser Werbefläche wurde von Grafik-Schmidt durchgeführt – vielen Dank dafür. Das Lastenfahrrad wird zur kostenfreien Nutzung in den Verleih gehen, sobald die Gemeinde eine entsprechende Verleihstation etablieren kann. Um dieses (oder eines der anderen in

Würzburg stationierten Lastenfahrräder) auszulihen, genügt eine einmalige Registrierung auf www.lastenrad-wuerzburg.de. Dort können in einem Buchungskalender freie Termine gewählt werden. Das Lastenrad kann dann am jeweiligen Standort abgeholt werden.

Einen ersten Eindruck von Margarete, dem Lastenrad für Margetshöchheim, vermittelt das Bild. Weitere Eindrücke können Sie jeweils donnerstags von 17 bis 18 Uhr beim Verkauf der Main-Schmecker-Produkte in der Obsthalle sammeln. Wir freuen uns sehr, wenn die Gemeinde soweit ist und mit dem Verleih gestartet werden kann. Sobald es Neuigkeiten dazu gibt, werden wir informieren.

CarSharing

Ein Thema, das uns seit längerem beschäftigt und das nun auch von der SPD aufgegriffen wird, ist die Etablierung von CarSharing in Margetshöchheim. Beim CarSharing („Autoteilen“) besitzt man das Auto nicht selbst, sondern teilt es sich mit anderen Nutzern. Halter des Autos ist in der Regel der CarSharing-Anbieter. Kunden schließen mit dem Anbieter bei der Anmeldung einen Vertrag, um im Anschluss das Fahrzeug nutzen zu dürfen. Wir haben uns bereits bei einem Anbieter, der in Würzburg einige Stationen betreibt, erkundigt. Lohnt sich CarSharing in ländlichen Gemeinden? Welche Bedingungen müssen erfüllt werden? Gibt es Ausschlusskriterien? Es stellen sich viele Fragen, die zu beantworten sind. Dies bedarf einer gründlichen Vorbereitung und Prüfung, eines Austauschs mit dem Landkreis oder anderen Gemeinden, die bereits erfolgreich CarSharing nutzen etc..

Dass so ein Projekt nicht immer automatisch ein Selbstläufer ist, hat sich auf der anderen Mainseite gezeigt. Die MM bleibt aber dran und wird mit anderen Interessierten - auch im Gemeinderat - die notwendigen Klärungen vorantreiben. Schließlich wird sich in den nächsten Jahren das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung ziemlich sicher verändern.

Weitere Informationen finden Sie hier: carsharing.de. Ansprechpartnerin bei der MM ist Gemeinderätin Stephanie Röhl.

Zaghafter Baubeginn

Mit mehreren Jahren Verspätung begannen nun im Spätherbst beim Mainsteg die Arbeiten für die Baustelleneinrichtung. Mit einem öffentlichen Pressetermin, an dem die Bürgermeister von Margetshöchheim und Veitshöchheim sowie

Frau Bodsch, die Chefin des Wasserstraßenneubauamts, teilnahmen, fiel am 13. Oktober an der Slipstelle der vorläufige Startschuss für den Stegbau. Für all diejenigen, die noch immer nicht an den Baubeginn glauben wollten, ließ man für das Gruppenbild extra einen Bagger anrollen.



Erstmals erfuhr man auch offiziell etwas über die inzwischen auf knapp 8,4 Mio. € angestiegenen prognostizierten Baukosten. Damit liegt man mehr als doppelt so hoch wie die ersten Kostenschätzungen. Bislang beschränkten sich die Arbeiten weitgehend nur auf die Baustelleneinrichtung.

Laut Bürgermeister Brohm soll in absehbarer Zeit ein offizieller Spatenstich mit Beteiligung der Öffentlichkeit und dem üblichen Beiwerk von der Bratwurst bis zum Getränk erfolgen. Der Bürgermeister denkt auch an eine Grundsteinlegung, bei der auch die entsprechenden Dokumente für die Nachwelt einbetoniert werden sollen. Die Bauzeit soll etwa 17 Monate betragen. Angesichts des zögerlichen Baubeginns kann man wohl von einigen Monaten mehr ausgehen.

Mainschmecker im Online-Shop

Die Streuobstgenossenschaft bietet ihr Sortiment jetzt auch über einen Online-Shop an, was gerade in der Corona-Zeit von Vorteil ist. Zum Mainschmecker-Shop kommen Sie hier:

<https://main-schmecker.de/>

Die Verkaufsstelle in der Obsthalle (Pointstraße) ist jeden Donnerstag von 17 bis 18 Uhr geöffnet.

Reparieren statt wegwerfen

Das EU-Parlament hat sich mit großer Mehrheit gegen die Stimmen von Christdemokraten und Liberalen dafür ausgesprochen, die Hersteller von Elektrogeräten dazu zu verpflichten, die voraussichtliche Haltbarkeit ihres Produkts anzugeben. Sogenannte "Sollbruchstellen" sollen unter

Strafe gestellt, die Reparaturfreundlichkeit verbessert werden.

Das ist übrigens ein Thema, das MM-Gemeinderätin Ursula Grosch schon lange am Herzen liegt. Sie sucht MitstreiterInnen und räumliche Möglichkeiten für ein Repair-Cafe, was leider wegen der Coronakrise wie so manch andere Aktivität derzeit nicht umgesetzt werden kann. Wer sich hier mit einbringen will, sollte sich mit Frau Grosch in Verbindung setzen: Tel.: 0931/407342

Eröffnung des Parkplatzes Ludwigstraße

Wie in den Coronazeiten üblich wurde Anfang Dezember der Parkplatz an der Ludwigstraße in kleinem Rahmen seiner Bestimmung übergeben. Dort wurden 32 Stellplätze mit der ersten öffentlichen und barrierefreien WC-Anlage sowie einer E-Ladesäule geschaffen. Dadurch soll vor allem der Altort etwas vom Parkdruck entlastet werden.

Die Kosten belaufen sich auf knapp 1,3 Mio. Euro, wobei aus der Städtebauförderung ein Zuschuss von etwa 446.000 € zu erwarten ist. In der Zeit zwischen 9 und 19 Uhr ist die Parkzeit auf 3 Stunden begrenzt.

Wie lange reicht das Geld?

Bislang kam die Gemeinde Margetshöchheim mit ihrem Gemeindehaushalt meist mit einem blauen Auge davon. Eingeplante Kredite mussten häufig nicht aufgenommen werden. Das lag aber nicht daran, dass ein Projekt billiger wurde, sondern dass sich viele Vorhaben verzögerten, wie der Mainsteg (8,4 Mio. €), der Bauabschnitt I der Mainpromenade (mind. 1,1 Mio. €), der Parkplatz am neuen Steg (ca. 1,2 Mio. €), die Bauabschnitte II und III der Mainpromenade) oder die Schulsanierung (bis zu 24 Mio. €). Andere wie der Parkplatz Ludwigstraße (1,3 Mio. €) oder die Sanierung des Hochbehälters (ca. 850.000 €) dagegen sind noch nicht abschließend abgerechnet.

Über die Kosten für den Ankauf des Klostergrundes mit dem Neu- oder Umbau der dortigen Bauten und den Neubau des Kinderkrippengebäudes wollen wir gar nicht erst spekulieren. Sicher, etliche Projekte werden vom Staat bezuschusst bzw. es beteiligen sich noch andere Kommunen an der Finanzierung. Unter dem Strich bleibt jedoch noch eine gewaltige Summe, die den Gemeindehaushalt belasten und damit

auch die Bürger treffen wird. Ob es dafür in Zukunft noch Zuschüsse in Hülle und Fülle geben wird, ist angesichts der horrenden Verschuldung der öffentlichen Hand in der Corona-Krise mehr als zweifelhaft.

Mainstraße 20: Viel blieb nicht erhalten.

In letzter Zeit zeichnet sich bei der Altortsanierung der Trend ab, nur die historische Straßenfassade zu erhalten und den Rest der Abrissbirne zu opfern. Bautechnisch mag man dafür im einen oder anderen Fall vielleicht noch ein gewisses Verständnis aufbringen. Wenn es sich dagegen um im Rahmen der Städtebauförderung hoch geförderte Bauvorhaben handelt, muss man bei dieser Praxis jedoch erhebliche Bedenken haben. Schließlich werden hier Präzedenzfälle geschaffen, die die Gemeinde bei ihrem Bemühen, einen authentischen Altort zu erhalten, über kurz oder lang einholen.

Derzeit ist übrigens immer noch nicht abschließend geklärt, inwieweit die Altortgaststätte durch Nachbarklagen noch behindert oder erheblich eingeschränkt wird.



Immer noch zu trocken

2020 war in den Augen der Menschen wegen der Corona-Pandemie ein Katastrophenjahr. Dabei

ist eine andere „Pandemie“, gegen die es keinen Impfstoff gibt, in den Hintergrund getreten. Auch wenn es 2020, besonders in den letzten Tagen, etwas mehr geregnet hat, auch wenn der Rasen grün und nicht braun war, die Grundwasserstände sind immer noch extrem abgesunken. Spätestens nach einem knappen Meter ist der Boden trocken. Ein Gespräch mit einem Fachmann aus der Landwirtschaftsverwaltung hat das bestätigt, was ein Grundwasserteich im Mainvorland deutlich zeigt. Der Grundwasserstand ist teilweise sogar niedriger als im Sommer.

Das Winterhalbjahr ist normalerweise die Zeit der ergiebigen Niederschläge, die das Grundwasser auffüllen. Seit Jahren sind jedoch nicht nur die Frühjahrs- und Sommermonate extrem trocken, auch im Winter fällt kaum oder viel zu wenig Niederschlag. Wir müssen uns deshalb deutschlandweit beim Trinkwasser und in der Landwirtschaft auf massive Engpässe einstellen. In Margetshöchheim haben wir, obwohl wir ein Klimawandel-Hotspot sind, wegen der Lage im Rückstaubereich des Mains noch keine akuten

Mengenprobleme, dafür aber sehr negative Auswirkungen auf die Nitratwerte, da die "Verdünnung" mangels Niederschlägen fehlt.

Die neuesten Veröffentlichungen des Deutschen Wetterdienstes zeigen übrigens eindeutig, dass das letzte Jahr bundesweit nach 2018 das trockenste und wärmste Jahr war und sich somit nicht die geringste Entspannung bei der Klimakrise zeigt.

Vermisste Haustiere

Da in der letzten Zeit in Margetshöchheim und Umgebung auffallend viele Katzen vermisst wurden, bieten wir allen, die ihr Haustier vermissen, an, auf unserer Website eine Suchmeldung zu veröffentlichen. Sie können uns über mm@margetshoechheimer-mitte.de erreichen. Bitte senden Sie uns dann ein Foto und eine kurze Beschreibung zu. Mit etlichen tausend Zugriffen im Monat bietet die MM-Seite ein Medium, das tagesaktuell ist und auch in den Nachbargemeinden Beachtung findet.

Bebauung am nördlichen Ortseingang – ein heißes Eisen

An der Einfahrt in das Zeilweggebiet befindet sich hinter der Spargelhütte eine etwa viertausend Quadratmeter große Grünlandfläche, die mit einem alten Streuobstbestand bewachsen ist. Sie ist im Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen und bis auf ein Grundstück mittlerweile in der Hand der Gemeinde. In der Vergangenheit gab es bereits Diskussionen über die Nutzung dieser Flächen, wobei eigentlich klar war, dass dort wegen der Nähe zur Staatsstraße eine Wohnbebauung kaum möglich ist. So brachte die MM den nördlichen Teil als Ersatz für den seit vielen Jahren nicht mehr existierenden Zeilwegspielplatz ins Gespräch, was bei CSU und SPD auf wenig Gegenliebe stieß. Angeblich war die Fläche u.a. wegen der nahen Staatsstraße ungeeignet.

Gleichzeitig wurde dieses Gebiet aber von Teilen des Gemeinderats, vor allem aber aus der für den Kindergarten zuständigen Kirchenstiftung, als Fläche für einen Kindergartenneubau favorisiert. Stattdessen wollte man den gar nicht so alten „neuen“ Kindergarten abreißen und die dortige Fläche als Baugelände vermarkten.

Ein weiteres Projekt ist aus finanziellen Gründen gestorben, weil das von Bürgermeister Brohm in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt

für Wein- und Gartenbau in Veitshöchheim geplante Streuobstzentrum mit Gastronomie an den immensen Kosten von zehn Millionen Euro scheiterte.

Vor etwa einem Jahr haben CSU und SPD nun die Katze aus dem Sack gelassen und dort die Ansiedlung eines Ingenieurbüros betrieben. Es ist zwar auch von einem Gebäude für die Streuobstgenossenschaft die Rede, konkrete Pläne dafür gibt es allerdings bis heute nicht.



Mittlerweile ist bekannt geworden, dass zwischen dem bauwilligen Unternehmer und dem

Bürgermeister bereits seit längerer Zeit Gespräche über eine gewerbliche Nutzung stattgefunden haben. Insgesamt sollten hier wohl vier Unternehmen angesiedelt werden. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, warum CSU und SPD dort ein Spielplatz wenig attraktiv erschien. Auch das Interesse der Feuerwehr an diesen Grundstücken als Reservefläche für ein größeres Feuerwehrhaus sahen die beiden Fraktionen wohl eher als Störmanöver an.

Die Bemühungen von CSU und SPD um die Gewerbeansiedlungen schienen allerdings abrupt zu scheitern, weil sie in der Wasserschutzzone IIIA liegen würden und dort die Ausweisung neuer Baugebiete untersagt ist. Das war vorher niemand im Gemeinderat aufgefallen, auch nicht dem Bürgermeister und auch nicht der MM. Lediglich VG-Geschäftsleiter Roger Horn hatte sich die Mühe gemacht und die Schutzgebietsverordnung studiert und dies festgestellt. Normalerweise wären damit die Bauabsichten gestorben gewesen.

Der Bürgermeister traf sich jedoch am 1. Juli 2020 mit diversen Behördenvertretern im Landratsamt, um die Kuh vom Eis und Gewerbe ins Schutzgebiet zu holen. Schließlich besann sich das Wasserwirtschaftsamt auf § 4 der Schutzgebietsverordnung, nach der Ausnahmen möglich sind, wenn das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert. Deswegen soll nun als Einzelmaßnahme die Bebauung mit einem Firmengebäude und dem Streuobstzentrum möglich sein. Was das mit dem Wohl der Allgemeinheit zu tun hat, ist allerdings mehr als fraglich. Angeblich soll mit den beiden Bauprojekten auch keiner Salamitaktik Tür und Tor geöffnet sein. Wenn man allerdings fast das halbe Gelände mit zwei Gebäuden samt Parkplätzen bebaut, ist gar keine Salamitaktik mehr erforderlich. Schließlich hat man damit bereits die halbe Wurst verspeist.

Wenn nun SPD und CSU die Bebauung in der Wasserschutzzone IIIA damit begründen, dass es auf der anderen Seite der Zeilwegeinfahrt ja bereits Bebauung mit Wohnhäusern und dem Kindergarten gebe, dann übersehen sie Wesentliches. Dort herrschte Baurecht, bevor die Verordnung für das Wasserschutzgebiet auf der Grundlage eines Gutachtens über die Abgrenzung des Einzugsgebiets unserer Brunnen geändert wurde. Ein Grund für das Verbot ist, dass der baubedingte tiefere Bodenaufschluss zur Mineralisierung des organisch gebundenen Stickstoffs und somit zur Nitratfreisetzung beiträgt.

Es gibt noch weitere Argumente gegen die Bebauung an dieser Stelle. Die MM hat sich vor allem wegen der Lage am Ortseingang gegen das Projekt gestellt. Schließlich hat Prof. Schirmer im für gut 60.000 € erstellten ISEK (Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept) vehement eine städtebaulich verträgliche Gestaltung des Entrées gefordert. Angesichts der hängigen Lage werden bei einem mehrstöckigen Gebäude zwangsläufig von der Staatsstraße her beträchtliche Höhen erreicht, die zu dem durch die Streuobstflächen geprägten Ortseingang wie die Faust aufs Auge passen. Da hilft es wenig, wenn der Bürgermeister ankündigt, dass für die mächtigen alten Obstbäume angeblich an anderer Stelle 100 neue gepflanzt werden. Wie wenig solche Ausgleichsmaßnahmen unter dem Strich bringen, dürfte mittlerweile bekannt sein.



Margetshöchheimer Entrée von Erlabrunn her

Wenn man wie die SPD in ihrem jüngsten Blättchen eine weitgehend kahle Fläche abbildet, die gar nicht von der Bebauung betroffen ist, dann werden die Bürger in die Irre geführt.

Als das von der Gemeinde und besonders von der SPD favorisierte Bauprojekt bekannt wurde, regte sich nicht nur beim Bund Naturschutz, sondern auch bei einigen Bürgern Widerstand. Einer von ihnen formulierte seine Bedenken in einem Flugblatt und rief zur Gründung einer Bürgerinitiative auf. Wegen des unvollständigen Impressums und weil für manche die Hintergründe unklar waren, waren allerdings etliche Bürger verunsichert.

Im Gemeinderat reagierten Bürgermeister Brohm samt CSU und SPD empört auf angebliche Falschbehauptungen im Flugblatt und veröffentlichten im Gemeindeblatt eine Gegenerklärung, die mit der MM nicht abgestimmt war. Mittlerweile ist wohl klar, dass die Informationen in dem Flugblatt weitgehend korrekt sind

und die vehemente Reaktion der Gemeinderatsmehrheit deplatziert war.

Interessant ist, dass Bürgermeister Brohm in seiner ganzseitigen Erklärung im Gemeindeblatt fast nur auf das Streuobstzentrum einging, das derzeit noch in den Sternen steht, und die Auswirkungen auf den dortigen Baumbestand herunterspielte. Er hätte besser das Luftbild veröffentlicht, das der Bauwerber seiner Bauvoranfrage beigelegt hat. Dort sieht man nämlich, welcher landschaftlich wesentlicher Teil durch die Baumaßnahme betroffen sein wird. Wir würden das

Foto gerne veröffentlichen, befürchten jedoch urheberrechtliche Probleme.

Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, dass sich der Agenda 21-Arbeitskreis in einer Stellungnahme zur Bebauung an der Zeilwegeinfahrt kritisch geäußert hat.

Die überzogene und teilweise unsachliche Reaktion des Bürgermeisters und von CSU und SPD sind übrigens kein Zeichen dafür, dass man die Besorgnisse der Bürger ernst nimmt.

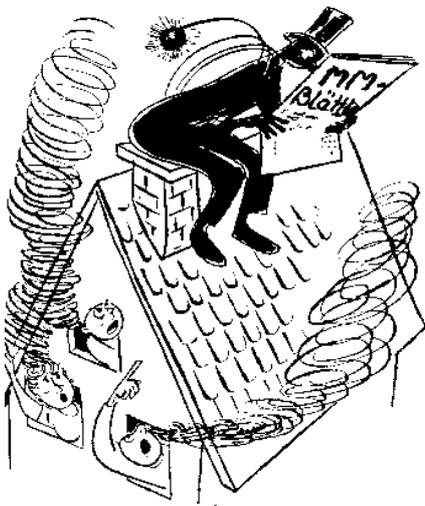
Es bleibt nun abzuwarten, ob die Behörden der Bebauung in der Wasserschutzzone tatsächlich zustimmen.

Datenschutz contra Informationsfreiheit

Es ist langsam schwer erträglich, wenn sich Kommunalpolitiker vehement dagegen wehren, wenn ihre Äußerungen und ihr Abstimmungsverhalten in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung auf unserer Website oder im MM-Blättle veröffentlicht werden. So wurde dies in einer Gemeinderatssitzung als Verleumdung oder als Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte interpretiert. In der Regel kommen solche oft massiven Anschuldigungen von einer SPD-Gemeinderätin, die partout nicht genannt werden will. Neuerdings äußerte sich allerdings auch ein CSU-Gemeinderat so.

Wir haben bereits im letzten MM-Blättle unter „Wie transparent ist die Gemeinderatsarbeit?“ darüber berichtet. Wir können uns deshalb kurz fassen und wiederholen: Wenn wir etwas Falsches behaupten oder berichten, korrigieren wir uns selbstverständlich. Allerdings ist uns dies bislang nicht vorgeworfen worden. Wenn wir in

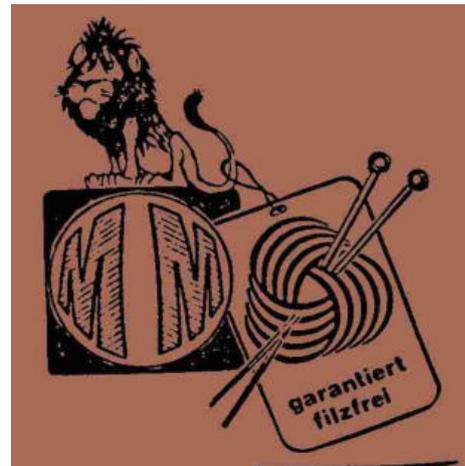
unseren Berichten über die öffentlichen Gemeinderatssitzungen Ross und Reiter nennen, dann werden wir darauf nicht verzichten. Schließlich ist der Gemeinderat kein elitärer geschlossener Zirkel und eine öffentliche Sitzung ist dies schon gar nicht. In diesem Zusammenhang ist



So interessant ist das MM-Blättle

es mehr als fragwürdig, wenn im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14.7. einseitig und ohne Beleg der folgende Passus abgedruckt wurde: *"In der weiteren Diskussion äußerten sich auch andere Gemeinderäte über das Persönlichkeitsrecht verletzende Angriffe in Veröffentlichungen der MM."*

Etwas mehr Neutralität hätten wir von einer Veröffentlichung im Gemeindeblatt schon erwartet.



Im Blättle 130 hatten wir auch berichtet, dass es nicht mehr zulässig ist, aus den den Gemeinderäten zugänglichen

Unterlagen für die öffentliche Sitzung wörtlich zu zitieren oder Pläne zu veröffentlichen. Wir bedauern das, da wir davon ausgehen, dass die wörtliche Wiedergabe von Gemeindeunterlagen korrekter ist, als wenn es ein Gemeinderatsmitglied mit eigenen Worten wiedergibt. Wir müssen dies allerdings akzeptieren, da es offensichtlich bayernweit so gilt.

Obwohl wir uns in letzter Zeit an diese Vorgaben gehalten haben, erreichte eine Beschwerde des SPD-Fraktionsvorsitzenden den Bürgermeister, in der uns vorgeworfen wurde, auf unserer Website unzulässig aus den für die öffentliche Sitzung den Gemeinderäten zugegangenen Unterlagen berichtet zu haben.

Die Gemeinde legte daraufhin die Beschwerde ihrem Datenschutzbeauftragten vor. Zur Wiedergabe von Sitzungsinhalten durch Gemeinderäte stellte der Datenschutzbeauftragte in seiner Stellungnahme u.a. fest:

" Daneben wird die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten durch den Gemeinderat nach der Sitzung ebenfalls als unzulässig angesehen, auch wenn der Gemeinderat vorgibt, die Inhalte aus einem Gedächtnisprotokoll erstellt zu haben. Das Erhalten der Informationen und möglicherweise die Kenntnis der personenbezogenen Daten sind - anders als z.B. bei der Presse - nicht losgelöst von der Ausübung seines Mandats zu betrachten."

Interessant ist, dass der Datenschutzbeauftragte selbst die Nennung des Namens des Revierförsters beanstandet hat, den die MM im TOP 7 der Gemeinderatssitzung am 13.10.20 in folgendem Zusammenhang erwähnt hat:

"- Revierförster F..... hat den Jahresbetriebsplan erarbeitet. Für die Aufarbeitung der Trockenschäden sind 2000 € vorgesehen, für Aufforstung usw. 1500 €."

Im Grunde genommen ist der SPD die tagesaktuelle Berichterstattung auf der MM-Website schon lange ein Dorn im Auge. Das erklärt wohl deren ständige Beschwerden über die MM-Website.

Die MM-Fraktion – für Sie aktiv



Gerhard von Hinten

Fraktionsvorsitzender
Finanzausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss
Gemeinschaftsversammlung

Ursula Grosch

Ausschuss Umwelt,
Landwirtschaft und
Forsten
Abwasserzweckverband
Seniorenbeauftragte



Stephanie Röll

Ausschuss Soziales,
Kultur und Sport
Jugendbeauftragte

Andreas Raps

Schulverband
MM-Vorsitzender



Sebastian Baumeister

Bau- und Ferienausschuss